

Auf der Suche nach Lärmquellen

Noch bis zum 31. März können Betroffene an einer Umfrage zum neuen Aktionsplan teilnehmen



Sorgt immer wieder für Ärger: der Lärm des Straßenverkehrs.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

VON FRANK HETHEY

Bremen. Von den Tempooerschreitungen auf der Hochstraße Richard-Boljahn-Allee/Kurfürstenallee ist der Einsender ziemlich genervt. Besonders übel stößt ihm der viel zu schnelle Schwerlastverkehr auf – wegen des Lärms und der Erschütterungen. Abhilfe kann es in seinen Augen nur durch eine permanente Überwachung der Geschwindigkeit und Schutzmaßnahmen geben. Vom Straßenlärm geplagt ist auch ein Anwohner des Stephani-Viertels. „An Schlaf bei geöffnetem Fenster nicht zu denken“, klagt er. Der Lärm von Lkw und Pkw auf der Hochstraße sei unerträglich, hinzu komme der laute Güterverkehr der Bahn.

Noch bis zum 31. März sind alle Bewohner in Bremen aufgerufen, Lärmhotspots in ihrer Stadt anzugeben. Dabei geht es um Straßen-, Schienen- und Flugverkehr sowie Gewerbe, Industrie und Häfen als Lärmquelle. Seit Monatsanfang sind bei der Online-Umfrage des Umweltressorts mehr als 80 Beiträge und knapp 30 Kommentare gepostet worden. Wie nicht anders zu erwarten, sorgt der Straßenverkehr mit 57 Beiträgen für den meisten Verdross. An zweiter Stelle rangieren mit deutlichem Abstand acht Lärmmeldungen zum Bereich Gewerbe, Industrie und Häfen, auf dem dritten Platz folgen sechs Beschwerden über Straßenbahnverkehr.

Auf der Website zum Lärmaktionsplan lässt sich unter dem Reiter „Auswertungen“ ablesen, in welchen Stadtteilen sich die Menschen besonders stark von Lärm gestört fühlen. Die meisten Klagen sind aus Vegesack zu hören. Und zwar in Zusammenhang mit

der A 270, die über eine Länge von knapp elf Kilometern vom Ihlpohler Kreisel nach Blumenthal verläuft. „Anstatt uns im Garten erholen zu können, sind wir einer weiteren Lärmbelastung ausgesetzt“, schreibt eine Frau. Nach eigener Angabe arbeitet sie ohnehin schon in einem lärmintensiven Beruf, genauso wie ihr Mann. Den zweiten Platz teilen sich Beschwerden aus Borgfeld und Blumenthal, einem weiteren Stadtteil aus Bremen-Nord.

Aktionsplan bis Sommer 2024

Die gesammelten Meldungen sollen bis Sommer 2024 in einen neuen Lärmaktionsplan einfließen, soll heißen: in einen Maßnahmenkatalog gegen Lärm. Der erste Schritt in diese Richtung war die Veröffentlichung der neuen Lärmkarten von 2022, sie dienen sozusagen als Impuls für die Öffentlichkeit. Die Lärmkarten erstellt das Umweltressort alle fünf Jahre auf Grundlage berechneter Werte. Wer die Online-Karten aufruft, kann sich die jeweilige Lärmbelastung nach verschiedenen Kriterien anzeigen lassen. Weil es sich dabei aber nur um eine Trockenübung handelt, wird die Öffentlichkeit beteiligt. Erst die Erfahrungswerte der Menschen vor Ort füllen die neuen Lärmkarten mit Leben.

Zu den Lärmkarten von 2017 gab es Ende 2020 eine Öffentlichkeitsbeteiligung. Damals gingen bei der Behörde insgesamt 166 Hinweise und Anregungen ein – deutlich mehr als erwartet. Den meisten Unmut verursachte der Straßenlärm mit 66 Prozent der Eingaben, es folgten Schienenlärm mit zwölf Prozent und Gewerbelärm mit elf Prozent. Der Fluglärm kam auf sechs Prozent, sonstiger Lärm summierte sich auf fünf Prozent.

Mit den Eingaben gehen häufig auch Vorschläge einher, wie man Abhilfe schaffen könnte. So auch in der aktuellen Mitmachphase. „Flüsterasphalt und höhere Lärmschutzwände wären eine immense Erleichterung und ein Beitrag zu unserer Gesundheit“, schreibt die Frau, deren Heim sich direkt an der A 270 in Vegesack befindet. Dass sich höhere Lärmschutzwände aber auch nachteilig auswirken können, ist die leidvolle Erfahrung eines anderen Anwohners der A 270. Sein Fazit: Die höheren Wände des neuen Lärmschutzes auf der gegenüberliegenden Seite „werfen den Schall zurück über die Lärmschutzwand auf unserer Seite“.

Nach Abschluss der Umfrage sind die Aktivitäten rund um den Lärmaktionsplan aber noch lange nicht vorbei. Im Sommer werden die Eingaben ausgewertet, im vierten Quartal 2023 beginnt die zweite Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Veröffentlichung des neuen Lärmaktionsplans ist für Juli 2024 geplant. „Darin identifizieren wir Lärmhotspots und erarbeiten konkrete Maßnahmen, um die Bremerinnen und Bremer vor Lärm zu schützen“, kündigt Umweltsenatorin Maïke Schaefer (Grüne) an.

Freilich gibt es keine Garantie dafür, dass die Beschwerden auf fruchtbaren Boden fallen. „Viele der Eingaben betrafen Themen, die sich nicht über den Lärmaktionsplan regeln lassen“, heißt es im Bericht zur Öffentlichkeitsbeteiligung 2020/21. Zahlreiche Straßen und Schienenwege seien bereits mit Schallschutz ausgestattet, erst geänderte Bundesgesetze könnten positive Wirkung

wurden, so konnten doch einige Probleme kurzfristig gelöst werden.“

ANZEIGE

Jeden Tag gewinnen!
Einfach auf www.weser-kurier.de/ostergewinnspiel das richtige Osterei finden und mit etwas Glück gewinnen Sie heute:
6 x 1 Freikarte für die Olantis SaunaWelt im Wert von bis zu 25 €

Heute im Nest:
OLANTIS SAUNAWELT
HUNTEBAD
WESER KURIER

Noch bis zum 31. März lassen sich unter www.lap.beteiligung.bremen.de persönliche Angaben zu Lärmhotspots machen. Auch schriftliche Beiträge per E-Mail an laermaktionsplan@umwelt.bremen.de oder auf dem Postweg sind willkommen.

Initiative sieht Willen zur Verkehrswende

Ergebnisse der Mobilitätsstudie

VON FELIX WENDLER

Bremen. Das Hamburger Umfrageinstitut GMS hat im vergangenen Juni 1004 wahlberechtigte Bremer und Bremerinnen ab 16 Jahren telefonisch zu verkehrspolitischen Themen befragt. Auftraggeber war die Bremer Verkehrsinitiative „Einfach Einsteigen“, die sich seit einigen Jahren vor allem für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs einsetzt. Das Hamburger Institut hat die Fälle der Beschreibung zufolge repräsentativ gewichtet. Die Befragten bilden die Bremer Bevölkerung demnach hinsichtlich Alter, Geschlecht und Haushaltsgröße realistisch ab.

Wichtig zu wissen: Repräsentativ ist die Studie für ganz Bremen – für die nun vorgestellten Ergebnisse auf Stadtteilebene gelte das nicht, räumt „Einfach Einsteigen“-Sprecher Wolfgang Geißler ein. In mehreren Stadtteilen seien die Fallzahlen zu gering gewesen, um sie einzeln berücksichtigen zu können. Als Mindestanzahl für aussagekräftige Rückschlüsse habe das Institut 50 Befragte genannt. So kommt es, dass einige Stadtteile zumindest in der Einzelauswertung fehlen – zum Beispiel Mitte und Findorff.

Stadtteile zusammengefasst

Damit diese Bereiche trotzdem repräsentiert werden, hat „Einfach Einsteigen“ einige Stadtteile zu Gebieten zusammengefasst. Bremen-Nord bildet dabei ebenso ein Gebiet wie Oberneuland/Borgfeld/Horn-Lehe. Ein dritter Komplex umfasst die Östliche Vorstadt, Mitte, Findorff, Walle, die Neustadt und Schwachhausen. Hintergrund dieses Zusammenschlusses ist die Initiative „Platz da“. Dieses Bündnis hatte es im Jahr 2020 mit einem Bürgerantrag geschafft, der rot-grünen Koalition eine Grundsatzentscheidung abzurufen: Die Gebührenpflicht für innenstadtnahen öffentlichen Parkraum sollte in den Folgejahren deutlich ausgeweitet werden – etappenweise in den Stadtteilen, die nun für die Umfrage zusammengefasst wurden.

Diesem Vorgehen liegt laut Geißler die Annahme zugrunde, dass die entsprechenden Stadtteile ähnliche verkehrspolitische Probleme beziehungsweise Voraussetzungen haben. Dass daraus ähnliche Einstellungen zu Verkehrsfragen resultieren, ist naheliegend. Da für Schwachhausen und die Neustadt auch einzelne Ergebnisse vorliegen, die von denen des „Platz da“-Gebiets nicht wesentlich abweichen, bestätigt sich diese Vermutung zumindest teilweise. Grundsätzlich lässt sich anhand der vorhandenen Daten nicht seriös sagen, ob die Zusammenfassung in dieser Form sinnvoll ist.

„Einfach Einsteigen“-Sprecher Wolfgang Geißler hat laut eigener Aussage mit größeren Unterschieden zwischen den einzelnen Stadtteilen gerechnet. Zwar gebe es Abweichungen, aber sowohl das Mobilitätsverhalten als auch die Bereitschaft zum Verkehrswechsel wichen nicht „dramatisch“ voneinander ab. „Der Wille zur Verkehrswende wird übergreifend in allen Stadtteilen Bremens geäußert“, so Geißler. Die Bremer Politik müsse sie deshalb auch stadtteilübergreifend vorantreiben.

HAUPTBAHNHOF

Demo gegen Gewalt

Bremen. Etwa 190 Personen haben am Sonntagabend vor dem Hauptbahnhof gegen rassistische Gewalt demonstriert. Organisiert wurde die Demo von der Gruppe Antira United Bremen, unterstützt zum Beispiel vom Flüchtlingsrat. Der Protest bezog sich auf einen Vorfall, der laut Bundespolizei am Sonntag, 12. März, passiert ist. Dazu kursiert ein Video in sozialen Medien. Darauf sieht man einen schwarzen Mann, der in der Eingangshalle des Hauptbahnhofs von fünf weißen Security-Mitarbeitern zu Boden gebracht wird.

SSU

Was angehende Inklusionslehrerinnen fordern

Erste Studentinnen in neuem Fach an der Uni stehen kurz vor dem Abschluss

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Pädagogen sind bundesweit begehrt, noch begehrt sind Sonderpädagogen, die besonders dafür ausgebildet sind, Schüler mit Beeinträchtigung zu unterrichten. Im Herbst konnten in der Stadt Bremen 81 Stellen für Sonderpädagogen nicht besetzt werden. Sonderpädagogen oder genauer: „Lehrkräfte für inklusive Pädagogik an weiterführenden Schulen“ werden in Bremen erst seit 2018 ausgebildet. Der Studiengang ist noch neu. Nun stehen die ersten Studierenden kurz vor dem Abschluss.

Allerdings: Es sind gerade einmal vier. Sie heißen Anna Zimmermann, Jana Baade, Maari Weiß und Sina Sörgens. Und diese vier, die sich als „erste Kohorte“ bezeichnen, üben Kritik. Sie haben Forderungen an das Bildungsressort und die Universität formuliert, wie man ihren Ausbildungsweg attraktiver machen könnte.

„Wir sind alle überzeugt vom Konzept der Inklusion und motiviert durch den Traum, dass Inklusion an Bremer Schulen gelingen kann“, schreiben sie in einem offenen Brief an Bildungsministerin Sascha Aulepp (SPD). Allerdings habe die Realität sie kurz vor

ihrem Abschluss „sehr ernüchtert“. Zuletzt sei es ausschließlich darum gegangen, Quereinsteiger mit attraktiven Angeboten für die Schulen zu gewinnen. Nun müsse auch die reguläre Ausbildung, also Lehramtsstudium plus Referendariat, attraktiver gemacht werden. „Wir, die eigentlich die gewünschte Qualifikation für den Beruf erwerben, fühlen uns vergessen.“

Nach drei Jahren Pandemie, Inflation und steigenden Energiepreisen gingen sie auf dem Zahnfleisch, psychisch und finanziell. „Wir sind voll am Limit“, sagt Anna Zimmermann. Die meisten Mits Studierenden hätten ihr Studium deshalb bereits verlängern oder abbrechen müssen, „sodass nur wir vier in Regelstudienzeit studieren konnten.“ Dass viele Lehramtsstudierende derzeit – wohl aufgrund der Pandemie – länger brauchen, um zum Abschluss zu kommen, schilderte zuletzt auch die Direktorin des Landesinstituts für Schulen (LIS), Petra Perplies, im Gespräch mit dem WESER-KURIER. „Wenn man das Studium attraktiver machen würde, würden mehr in der Regelstudienzeit durchkommen“, ist Jana Baade überzeugt.

Die vier von der ersten Kohorte fordern eine Vergütung des Praxissemesters. In

ihrem Fach ist es Pflicht, dass sie ein Semester praktische Erfahrung an Schulen sammeln. Dafür seien 25 Stunden pro Woche vorgesehen, hinzu kämen Uni-Seminare im Umfang von sechs Stunden. „Und daneben muss man noch Lohnarbeiten“, sagt Anna Zimmermann. „Ich habe meinen Job als ambulante Betreuerin für das Praxissemester gekündigt“, berichtet Sina Sörgens. Jobben und Praxissemester seien nicht vereinbar gewesen. „Ich musste mir danach einen neuen Job suchen.“



Der Fachkräftemangel bei Sonderpädagogen ist groß in Bremen. FOTO: JONAS GÜTTLER / DPA